

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zweites Jahrgang: Nachrichten Dresden  
Verlagsnummer: 25841  
Für die Redaktion: Nr. 20011  
Schreibweise: a. Hauptstadt  
Dresden - K. L. Meißnerstraße 20/22

Druckpreis bei monatlicher Bestellung monatlich 2,20 RM. (einschließlich 10 Pfg. für Krüge-  
steuer), bei halbjährlicher 10 RM. (einschließlich 50 Pfg. Krügesteuer) bei 7 mal  
wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Deutschlands 15 Pfg. Anzeigenpreis: Die  
einzelne Zeile 20 mm breite Zeile 20 Pfg., für 40 Zeilen 80 Pfg., für 80 mm breite Zeile 400 Pfg.,  
außerhalb 200 Pfg., ab. Kleinanzeigen 10 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt  
15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertenerträge 20 Pfg. Unentgeltliche Beiträge gegen Vorzusendung.

Druck u. Verlag: Neßler & Neßler,  
Dresden, Waldstr. 10/11. Dresden  
Nachdruck nur mit druck. Quellenangabe  
(Verbr. Nachr.) zulässig. Unentgeltliche  
Schreibweise werden nicht aufbereitet

## Die Umbildung in Preußen vollzogen

### Länderkonferenz nach Stuttgart einberufen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. Juli. Die Überleitung der Amtsgeschäfte der preussischen Ministerien in die Hände der vom Reichskommissar berufenen Männer ist am Donnerstag beendet worden. Es ist dabei in allen Fällen ohne das theatralische Spiel abgegangen, das aus Anhaltensgründen der frühere Innenminister Severing als erforderlich hielt.

Wahr hatten der Handelsminister Dr. Schreiber (Staatsp.) und der Landwirtschaftsminister Dr. Steiger (Sentr.) angekündigt, ebenfalls „nur der Gewalt“ weichen zu wollen, aber auf die darauffolgende mit freundschaftlicher Ironie vorgetragene Erklärung Dr. Brauns, des Stellvertreters v. Papens, die Herren müßten sich doch bitte für die Art von Gewalt entscheiden, der sie zu weichen wünschten, zog man es vor, unauffällig das Feld zu räumen.

Die Amtsübergabe hat nur noch der Wohlfahrtsminister Hirtfelder zu vollziehen, der dies am Freitag ebenfalls ohne „auffällendes Benehmen“ tun wird.

Dem Reichskanzler ist im Laufe des heutigen Nachmittags noch ein von ihm selbst entnommenen preussischen Minister unterzeichneten Brief zugefand worden, in dem im wesentlichen der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß die vorgenommenen Amtsenthebungen den Rahmen der Reichsverfassung überschritten. Der Reichskanzler hat eine Beantwortung dieses Briefes nicht vorgenommen, da ja nunmehr am Sonnabendvormittag der Staatsgerichtshof sich mit der Angelegenheit des Eingreifens des Reiches in Preußen zu befassen haben wird. Dem Staatsgerichtshof wird auferlegt die von den Ländern Bayern und Baden eingebrachte Streitfrage, vor allem der Antrag der früheren preussischen Regierung vorliegen, im Wege der einstweiligen Verfügung anzuordnen, daß sich der für Preußen eingesezte Reichskommissar jeder Dienstausübung zu enthalten habe.

Auf Grund der ganzen Rechtslage hält die Reichsregierung an ihrer Auffassung fest, daß die Entscheidung des Staatsgerichtshofes gegen die Anträge Heller und Klagenden Länder ausfallen wird.

Das Treiben der Linken, das auf den Versuch hinausläuft, den Staatsgerichtshof unter einen gewissen politischen Druck zu setzen und seine Entscheidung in eine gegen die Reichsregierung gerichtete Bahn zu drängen, hat in rechtlichen Kreisen den Gedanken aufkommen lassen, daß die Reichsregierung doch auch von ihrer Seite den Staatsgerichtshof anrufen sollte. Man verweist auf das, was der Reichskanzler selbst in seiner Rundfunkrede ausgesprochen hat, daß nämlich die roten Herren in Preußen unter Mißbrauch ihres Amtes die Kommunisten bei ihrer Tätigkeit bei unmitttelbar unterstützt haben, daß darüber hinaus

gewisse Kreise um Herrn Severing allen Ernstes mit dem Gedanken gespielt haben, die Reichsregierung verhaften zu lassen, welches Staatsverbrechen in letzter Stunde nur deshalb unterblieb, weil der Ausgang allzu ungewiß war. Wie wir

dazu von anderer Seite noch hören, soll es der seines Amtes enthobene Staatssekretär im preussischen Innenministerium, Dr. Wegg, gewesen sein, der den Plan, die Reichsregierung verhaften zu lassen, ehe sie zur Einsetzung eines Reichskommissars Schritt, zur Erörterung innerhalb bestimmter preussischer Dienststellen brachte.

Wenn sich die Dinge tatsächlich so verhalten, dann sollte die Reichsregierung allerdings keinen Augenblick länger zögern, auch ihrerseits den Staatsgerichtshof anzurufen.

Die Annahme, der heute das Organ der Christlichen Gewerkschaft Ausdruck gibt, daß die Regierung Papen mit Hilfe der Reichswehr ein Diktatorregime errichten wolle, ist natürlich absolut hinfällig. Um die völlige Haltlosigkeit derartiger Kombinationen auch gegenüber den führenden Persönlichkeiten der Länderregierungen noch einmal zum Ausdruck zu bringen, hat der

Reichskanzler von Papen heute die Ministerpräsidenten aller deutscher Länder für den kommenden Sonnabend zu einer Besprechung nach Stuttgart gebeten, die dort in den Räumen des württembergischen Staatsministeriums stattfinden wird.

Der Reichskanzler wird den Ministerpräsidenten der Länder nicht nur einen eingehenden Überblick über die gegen Preußen unternommenen Schritte geben, sondern ihnen nochmals erklären, daß die vielfach geäußerten Befürchtungen, daß gegen Preußen angewandte Verfahren könnte auch auf andere reichsständische Regierungen Anwendung finden, jeglicher Grundlage entbehren. Um den rein abwehrnden Charakter der seitens des Reiches notwendigen gewordenen Maßnahmen noch zu unterstreichen und zu zeigen, daß dem Reich jede Nachsicht gegenüber den Ländern fernliegt, hat der Reichskanzler von einer Einladung nach Berlin abgesehen und die verbindliche Form der Einladung in die Hauptstadt eines süddeutschen Landes gewählt. Im übrigen betrachtet das Reich das Vorgehen gegenüber Preußen nunmehr als abgeschlossen und hat sich daher in seiner Sitzung heute nachmittag mit diesen Angelegenheiten gar nicht mehr beschäftigt, sondern seine Aufmerksamkeit dem

großen Wirtschaftsprogramm zugewandt, das zunächst bis Sonnabend in seinen Grundzügen fertiggestellt sein soll, so daß es noch in der nächsten Woche veröffentlicht werden kann. Die wichtigsten Programmpunkte werden Arbeitsbeschaffung und Siedlung sein, und zwar ausführliche Arbeitsbeschaffung über die bereits im Haushalt vorgesehenen und bewilligten Mittel hinaus, ferner die Einsetzung des Arbeitsdienstes, Fragen der Lohnpolitik, der etwaigen Einführung des Kräftepersönlichkeits sowie eine Nachprüfung der Kapitalbeteiligungen des Reiches an wirtschaftlichen Unternehmungen.

### Gerichtetes Zentrum

Dieser Wahlkampf, der schicksalstheoretisch für die Zukunft unseres Volkes sein muß, nähert sich von Tag zu Tag mit dramatischer Wucht seinem Höhepunkt. Die Besetzung der auf keine Mehrheit gestützten Mandatgeber in Preußen, die geglaubt hatten, durch ein Geschicksmannöver vor dem Wahlgericht in Preußen ihre Herrschaft für unabsehbare Zeit stabilisieren zu können, hat wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. Endlich einmal wurde klargelegt, wohin der Weg der in der Weimarer Koalition verbündeten Sozialdemokraten, Staatspartei und des Zentrums geführt hat: nämlich in die Bundesgenossenschaft mit der Fremdenlegion des russischen Bolschewismus in Deutschland, den Kommunisten. Oder gibt es einen schlimmeren Vorwurf gegen eine Länderregierung als den des Reichskanzlers im Rundfunk, daß hohe Funktionäre des preussischen Staates ihre Hand dazu bieten, Führern der kommunistischen Partei die Verherrlichung illegaler Terrorabflisten zu ermbilligen, ja, daß Polizeipräsidenten ihre Parteigenossen auffordern, sie müßten die Kreise der Kommunisten nicht hören. In diesen Zusammenhängen gehören die aufsehenerregenden Enthüllungen, die von der abgelehnten preussischen Regierung nicht zurückgewiesen werden konnten, daß kommunistische Schützenverbände mit umgeänderten Militärgehwehren vom Berliner Polizeipräsidenten versehen worden seien. Worte reichen nicht aus, um angesichts des wachsenden Mordterrors, dem nicht nur nationale Menschen, sondern auch Unbeteiligte und vor allem preussische Polizeibeamte zum Opfer fielen, diese Zustände im Herrschaftsbereich der Braun, Severing und Hirtfelder gehörend zu brandmarken. Die fortwährenden Mordtaten des Kommunismus erscheinen nunmehr in einem ganz andern Lichte. Daß die mit Verzweiflung um ihre preussischen Pflichten kämpfende sozialistische Bonaparte in dem moskowitzischen Untermenschenheimliche Bundesgenossen gegen die aufschwellende nationale Bewegung erblickt, ist nicht unbegründet. Man braucht nur die skrupellosen und fanatischen Agitationskünste der sozialdemokratischen Wahlflugblätter zu betrachten, um zu wissen, daß man dort vor nichts mehr zurückschreckt, wenn es gilt, die allerbesten Mandatpositionen zu verteidigen. An heftigsten Leistungen übertrifft man bereits die Kommunisten erheblich. Und im Grunde ist der gesamte Marxismus von ähnlichen Geist erfüllt. Er ist vaterlandsfeindlich und religionsfeindlich in seiner Weltanschauung. Einem offenen oder gehehmen Bündnis der beiden Richtungen steht also nichts mehr im Wege. Aber es hat das Aufkommen in Preußen bedurft, um diese dunklen Zusammenhänge endlich einmal ins helle Licht des Tages zu rücken. Die Feststellung des Reichskanzlers in seiner Rundfunkansprache, daß hohe politische Beamte Preußens mit den Führern der Moskauer Fremdenlegion Hand in Hand gearbeitet haben, ist wohl der größte politische Skandal der Nachkriegszeit. Einfort wird niemand mehr sagen können, es sei notwendig, die Sozialdemokratie in die Regierungsverantwortung mit hineinzunehmen, um sie zu staatspolitischem Denken und Fühlen zu erziehen. Die Sozialdemokratie war bei ihrer Gründung staatsfeindlich und sie ist es geblieben, auch dann, als sie in den Staat hineinging, in der Hoffnung, diesen Staat für den Marxismus von innen heraus erobern zu können.

So wundern und die Feststellungen Papens nicht. Wir können nur bedauern, daß vierzehn Jahre des Unheils notwendig waren, damit sie getroffen werden konnten, um damit jedem, der guten Willens ist, endlich einmal die Augen über die Gefahren aus des „gemäßigten“ Marxismus der Herren Braun und Severing zu öffnen. Wichtigster aber als diese Enttarnung der Sozialdemokratie ist die Selbstenttarnung, die das Zentrum anlässlich der Reinigungsaktion in Preußen vorgenommen hat. Man konnte eine Zeitlang annehmen, der sich immer noch als eine bürgerliche und christliche Gruppe bezeichnenden Zentrumspartei sei es um die Teilhaberschaft an der Staatsmacht schlechthin zu tun. Sie gebe Koalitionen mit rechts genau so gerne ein, wie Koalitionen mit der Linken, wobei lediglich die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse ausschlaggebend seien. Allerdings bei gründlicher Beobachtung gelte das Zentrum schon lange keine einsitzigen Einkneigungen. Bereits Bismarck rechnete es zur reichsweberberischen Mehrheit. Im Kriege und in den Nachkriegsjahren wurde seine außen- und innerpolitische Vorkorientierung immer deutlicher offenbar. Koalitionen mit der Rechten in den

### Die Liste der entlassenen politischen Beamten

Berlin, 21. Juli. Auf Grund des § 8 der Verordnung betr. die einstweilige Vergebung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand vom 20. Februar 1919 (Gesetzsammlung Seite 33) werden unter Bewahrung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einstellten in den Ruhestand versetzt:

- der Staatssekretär im Ministerium des Innern Dr. Wegg;
- der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern Dr. Wadt (der dem Ministerialdirektor Dr. Wadt erteilte Auftrag, die Klage der bisherigen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof betr. die Reichskanzlerstelle der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zu vertreten, bleibt bestehen);
- der Staatssekretär im Ministerium des Innern für Handel und Gewerbe Dr. Staudinger;
- der Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Krüger;
- die Oberpräsidenten
  - der Provinz Niederschlesien Staatsminister a. D. Südemann;
  - der Provinz Sachsen Dr. Fald;
  - der Provinz Schleswig-Holstein Krüger;
  - der Provinz Vorpommern-Rügen Dr. Fald;
- die Regierungspräsidenten
  - Dr. Fikner in Frankfurt a. D.;
  - Simon in Pommern;
  - Weber in Magdeburg;
  - v. Darnack in Merseburg;
  - Dr. Herbst in Altona;
  - Dr. Kreling in Münster i. W.;
- die Polizeipräsidenten
  - Tiehe in Königsberg i. Pr.;
  - Dietrich in Kiel;
  - Hauke in Köln;
  - Bräunel in Elbing;

- Schöbel in Osnabrück;
  - Dohrenstein in Rassel;
  - Ossowski in Osnabrück;
  - Eggerstedt in Altona;
  - die Polizeidirektoren
    - Polizeipräsident Mat in Wilhelmshaven;
    - Dr. Thiemann in Schmiedemühl.
- Soweit eine Neuabsetzung der freigebliebenen Stellen erfolgt, wird dabei vorzugsweise auf Parteistandsbeamte zurückgegriffen werden. Soweit die Stellen durch aktive Beamte besetzt werden, werden entsprechende Stelleneinsparungen vorgenommen werden.

### Das Urteil der englischen Presse

London, 21. Juli. Die englische Tagespresse beurteilt am Donnerstag die Lage in Deutschland mit vollkommener Ruhe und einer gewissen Bewunderung für das energische Vorgehen besonders des Reichskanzlers gegen die ehemalige geschäftsführende Preussenregierung. Von Papens Politik der eisernen Hand gegen das sozialistische Preußen, so meißt Reuters, war bis zum Augenblick vollkommen erfolgreich, und es bestünde kein Grund zu der Annahme, daß sie nicht auch weiterhin erfolgreich sein werde. Die deutsche Regierung habe sämtliche Trümmer in ihrer Hand: Die Armee, die Polizei, genügend Beamte, um die Stellen der Abgeschiedenen zu besetzen, und die Unterstützung eines großen Teiles der Bevölkerung. Die Regierungsoption sei vollkommen hilflos und sehe ein, daß sie nichts tun könne. Die sozialdemokratische Bewegung mit dem Wahlausgang brauchte v. Papen nicht zu betrüben, der genau wisse, daß keine Partei eine Mehrheit bekommen werde. Eine sei vollkommen sicher, nämlich, daß in nächster Zeit keine Revolte gegen die Papen-Regierung aufkommen werde, denn nach einem alten Sprichwort gebe es keine Revolution in Deutschland, solange sie verboten sei, und das werde der Fall sein.

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer  
Seite 9 und 10